

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Katharina Schulze

Abg. Kerstin Schreyer

Abg. Doris Rauscher

Abg. Florian Hölzl

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Staatsministerin Emilia Müller

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Arme Kinder im reichen Bayern: Chancengleichheit verwirklichen!"

Die Regeln der Aktuellen Stunde sind bekannt. Die fraktionslosen Abgeordneten Claudia Stamm, Günther Felbinger und Alexander Muthmann können jeweils bis zu zwei Minuten sprechen. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Kohnen; sie spricht für ihre Fraktion und hat zehn Minuten Redezeit. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist einer unserer letzten Sitzungstage vor Weihnachten. Danach wird es für die meisten von uns durchaus ruhiger, und wir können die Adventszeit genießen. Wir überlegen uns dann sicher, was wir in diesen Tagen

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wunderbares kochen könnten oder ob wir vielleicht ein paar Tage wegfahren. Wir schlendern über Christkindlmärkte und kaufen Geschenke für Freunde, Partner und natürlich auch für unsere Kinder und Enkelkinder, Nichten oder Neffen. Es ist wirklich eine schöne Zeit für uns hier, weil wir uns keine Sorgen machen müssen, wie wir diese Dinge bezahlen sollen.

Aber es ist eben nicht für alle eine schöne Zeit. Für viele ist es sogar eine richtig schlimme Zeit, nämlich für all die Kinder, denen niemand etwas schenkt – oder nicht das, was sie sich wünschen, weil es zu teuer ist.

Ich spreche hier nicht von einigen wenigen Kindern. Nein, fast 12 % unserer baye-rischen Kinder und Jugendlichen sind von Armut gefährdet, das sind 245.000 an der Zahl. Ich sage Ihnen: Jedes einzelne Kind, das davon betroffen ist, ist ein Kind zu viel.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Es ist eine Schande. Dagegen müssen wir etwas unternehmen, und zwar sofort. Lassen Sie uns heute einfach miteinander darüber reden; denn die Kinder, um die es hier geht, können dies nicht. Sie haben keine Stimme, die gehört wird.

Ich habe eben von Geschenken gesprochen, die Kinder in Armut nicht bekommen, weil sie zu teuer sind. Aber das ist nur die kleine Spitze des Eisbergs. Darunter verbergen sich erst die wahren Probleme, die Kinderarmut mit sich bringt.

Armut bedroht die positive Entwicklung eines Kindes. Armut wirkt sich negativ auf Bildungswege aus und auf berufliche Chancen. Armut wirkt sich auch negativ auf die Gesundheit aus. Armut führt dazu, dass es nicht genügend – und schon gar nicht gesund – zu essen gibt.

Armut entscheidet auch darüber, ob du zu einer Gruppe gehörst oder nicht. Besonders dann, wenn Kinder älter werden – wer von uns Kinder hat, hat das selbst erlebt –, wird es wichtig, was die Freunde sagen. Wenn du arm bist, bist du nicht mehr dabei, weil du eben nicht mit ins Kino kannst und weil du nicht mit Freunden zu Hause Geburtstag feiern kannst, da die Wohnung dafür überhaupt nicht ausreicht und zu klein ist oder weil eben nicht genügend zu essen vorhanden ist, das du noch teilen kannst. Dann bist du raus, dann bist du abgehängt, schon zu Beginn deines Lebens, in das du eigentlich starten willst.

Das sind die Themen, die jeder am liebsten ausblendet, der davon nicht betroffen ist, weil das einfach an die Nieren geht. Es geht an die Nieren, wenn die meisten Kinder, die in Bedarfsgemeinschaften leben, zwischen drei und sechs Jahre alt sind. Wir sprechen hier also von den Kleinsten in der Gesellschaft, den Schwächsten, die besonders viel Unterstützung brauchen. Wir sprechen von den Kindern Alleinerziehender; denn diese haben das höchste Armutsrisiko.

Was müssen wir also in Angriff nehmen, um diese Armut zu bekämpfen und Chancengleichheit tatsächlich herzustellen? Eines muss uns allen klar sein: Wir haben es in der Hand, diese Kinderarmut zu bekämpfen.

Erstens darf der Besuch einer Kita nichts kosten;

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

denn schon hier beginnt die Chancenungleichheit in Bayern. Einige können sich das leisten, andere eben nicht. Die Kita ist und bleibt aber der Beginn von Bildung. Bildung, und dazu gehört auch frühkindliche Bildung, ist der entscheidende Schlüssel für das gesamte weitere Leben.

Zweitens brauchen wir endlich Ganztagschulen. Ein gutes Ganztagsangebot ist ein wichtiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Das ist doch nun wirklich schon in genügend Studien nachgewiesen. Hierbei sind wir in Bayern Schlusslicht. In Bayern brauchen wir mehr guten Ganztag.

(Beifall bei der SPD)

Zum Dritten: Alleinerziehende brauchen Hilfe, wenn sie beides, Job und Familie, schaffen wollen. Die Arbeitswelt muss sich diesen Familien anpassen und nicht umgekehrt. Deshalb muss es möglich sein, eine Ausbildung auch in Teilzeit zu absolvieren. Arbeit muss sich flexibler gestalten lassen, und wir brauchen das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit.

(Beifall bei der SPD)

Finanzminister Söder schrieb kürzlich – ich konnte es in einer Zeitung lesen –, das sei kein wirkliches Problem, mit dem man sich befassen müsse, es gebe ja ganz andere Probleme, die viel wichtiger seien. Aber für die Alleinerziehenden ist das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit ein lebenswichtiges Thema.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich – so ehrlich muss man bei diesem Thema auch sein – ist festzustellen, dass die Leistungen, die von Bund und Land kommen, oft im Widerspruch zueinander stehen und nicht zielgerichtet sind. Sie reichen auch nicht aus; die Kinderarmut steigt

permanent. Die Leistungen sind für die Betroffenen aber eben auch extrem unübersichtlich. Es ist viel zu kompliziert, sie abzurufen. Deshalb brauchen wir eine Kindergrundsicherung.

(Beifall bei der SPD)

Das ist für die Betroffenen die einfachste und gerechteste Lösung. Damit stellen wir das Kind in den Mittelpunkt, seine Chancen und seine Bedürfnisse. Wenn wir hier in diesem Land 245.000 Kinder und Jugendliche haben, die betroffen sind, dann ist das ein wunderbares und richtiges Instrument.

Dann komme ich noch zu einem gewaltigen Thema, das wir endlich angehen müssen, weil es direkt mit der Armut zusammenhängt: die Wohnungssituation. Wohnen wird für Familien in Bayern immer mehr zur Armutsfalle. Ein Grund hierfür ist natürlich der stetig sinkende Bestand an Sozialwohnungen. 1999 hatten wir 255.000 Sozialwohnungen. Vergleichen wir das mit heute, stellen wir fest, dass sich der Bestand an Sozialwohnungen halbiert hat. Wir sind jetzt bei 138.000 Wohnungen. Seit 2003 sinkt der Bestand jedes Jahr, und die Kinderarmut steigt jedes Jahr.

(Beifall bei der SPD)

Nach Schätzungen – ich vermute, dass jetzt wieder ein Zwischenruf kommt – der Stadt München haben wir da draußen vor unserer Tür 1.600 obdachlose Kinder. Warum spreche ich hier nur von Schätzungen, Frau Sozialministerin? – Wir haben keine offiziellen Zahlen. Solche offiziellen Zahlen bräuchten wir aber in einer Wohnungslosenstatistik. Diese gibt es nicht. Hier wende ich mich direkt an Sie: Warum haben wir noch keine solche Statistik, um zielgerichtet arbeiten zu können? Welche Begründung gibt es dafür? Ich denke, ein einzelnes Kapitel im Sozialbericht reicht definitiv nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur wir als SPD, sondern auch die Wohlfahrtsverbände, die sich hauptsächlich um die Obdachlosen kümmern, fordern schon lange eine solche Wohnungslosenstatistik. Wir müssen endlich wissen, was in Bayern in diesem Bereich wirklich passiert.

(Beifall bei der SPD)

Nur dadurch, dass Sie keine Zahlen erheben, verschwindet die Obdachlosigkeit in unserem Lande nun wirklich nicht. Wir brauchen auch – das wissen Sie auch, Frau Müller – eine präventive Beratung für die Betroffenen. Hier ist die Staatsregierung nicht bereit, Investitionen vorzunehmen, damit die Menschen sich, bevor sie in Obdachlosigkeit stürzen, noch einmal orientieren und auch Hilfe bekommen können.

Klar ist: Sozialer Wohnungsbau und soziale Bodennutzung sind Thema Nummer eins in Bayern. Wir brauchen mindestens 20.000 geförderte Wohnungen pro Jahr, um innerhalb der nächsten fünf Jahre auch nur annähernd auf das Niveau von vor 20 Jahren zu kommen. Wir brauchen ein Sonderinvestitionsprogramm für Ballungsräume und eine gezielte Förderung im ländlichen Raum.

Darüber hinaus – ich selbst bin ja auch in einem Kreistag vertreten – müssen die Landkreise endlich berechtigt werden, sozialen Wohnungsbau zu betreiben.

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es selbst in der Hand, Kinderarmut zu bekämpfen. Wir wissen, wie es geht; wir müssen es nur tun. Ich weiß, es gibt Bundesländer, in denen die Kinderarmut höher ist. Aber das ist kein Argument, auf dem wir uns als Bayern ausruhen dürfen. Bayern ist ein starkes Land. Bayern ist ein wohlhabendes Land; das heißt aber vor allem, dass wir mehr tun können; das heißt, dass wir eben keine Ausrede mehr haben, und das heißt, dass wir Kinderarmut in Bayern nicht zulassen dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Daher meine Aufforderung heute an alle hier im Hohen Hause: Lassen Sie uns über diese Vorschläge reden. Bringen Sie eigene Vorschläge, aber lassen Sie uns nicht gegenseitig die Vorschläge der anderen vom Tisch wischen, sondern lasst uns wirklich miteinander ins Gespräch kommen. Denn wenn wir diese Woche auseinandergehen, werden wir uns alle frohe Weihnachten wünschen. Sorgen wir dafür, dass es in Zukunft frohe Weihnachten für alle in unserem Lande gibt.

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist der Kollege Unterländer von der CSU. Bitte sehr.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Kohnen, in zwei Punkten stimmen wir sicherlich überein.

Der erste Punkt ist, dass jedes Kind, das in Armut lebt, ein Kind in Armut zu viel ist. Deswegen müssen wir alles tun, damit Armut vermieden werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Der zweite Punkt: Es ist wichtig, dass wir uns in diesem Hohen Hause über jegliche Form der Bekämpfung von Armut unterhalten und vor allen Dingen auch entsprechende Maßnahmen – soweit sie in den Zuständigkeitsbereich des Freistaates Bayern fallen – ergreifen. Wir dürfen nicht nur reden, sondern wir müssen auch handeln, meine Damen und Herren!

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Zu einer solchen Analyse gehört, dass wir uns auch – Sie haben das kurz angesprochen; gestatten Sie, dass ich das etwas intensiviere – die Strukturen und die Zahlen genau ansehen, die wir hier im Freistaat Bayern haben.

Da darf man schon mit Fug und Recht behaupten: Im Freistaat Bayern ist die Situation, was die Kinderarmut anbelangt, wesentlich günstiger als in allen anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben einen Bundesdurchschnitt von 14,7 %; der bayerische Durchschnitt beträgt 6,8 %.

(Zurufe von der SPD)

Bei Alleinerziehenden ist zugegebenermaßen der Anteil mit 36,7 % aller Alleinerziehenden, die mit ihren Kindern von Armut betroffen sind, besonders hoch.

Fragen wir aber nun einmal nach den Gründen, warum die Lage bei uns in Bayern günstiger ist. Das hängt mit dem zusammen, was die primäre Aufgabe ist. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Arbeitsbedingungen sind für die Menschen in diesem Lande gut; der Arbeitsmarkt boomt. Da müssen wir alles tun, und da steht Bayern gut da.

(Beifall bei der CSU)

Gleiches gilt im Vergleich zu den Zahlen anderer Länder, was die Veränderungen in den familiären Netzwerken angeht, die bei uns zumindest im ländlichen Bereich stärker ausgeprägt sind als in anderen Regionen.

(Zurufe von der SPD)

Nun komme ich darauf, was aus unserer Sicht zu tun ist. Ich möchte zwei Gruppen in besonderer Weise hervorheben. Das sind zum einen die auch von Ihnen bereits angesprochenen Alleinerziehenden, die zu mehr als einem Drittel von Armut betroffen sind. Die Ursachen hierfür sind vielfältig; sie hängen mit der Arbeit und den Arbeitszeiten zusammen, aber auch mit nicht gezahltem Unterhalt. Sie hängen mit der Wohnungssituation zusammen, und sie hängen durchaus auch damit zusammen, dass die Sätze

für Hartz IV bei Kindern nicht so sind, wie sie möglicherweise sein sollten. Wir müssen in diesem Zusammenhang auch feststellen: Wenn Armut aufgetreten ist, ist es schwer, aus ihr herauszukommen. Deswegen ist es unsere Aufgabe, meine Damen und Herren – nicht nur in der Sozialpolitik, sondern das ist eine Querschnittsaufgabe –, präventive Armutsbekämpfung vorzunehmen; denn das Risiko, arm zu bleiben, ist 11,5-mal höher – das haben Wissenschaftler festgestellt – als das Risiko, arm zu werden. Das sind besondere Herausforderungen. Wir müssen deshalb auch entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Neben den Alleinerziehenden sind es die Mehrkinderfamilien, für die finanzielle Entlastungen besonders wichtig sind. Ihr Armutsanteil beträgt 16 %. Wir müssen auch sehen, dass manche Maßnahmen nicht richtig greifen, wie zum Beispiel das Teilhabepaket und Maßnahmen für Familien in Trennung und Scheidung. Unsere Aufgabe heißt also, die Instrumente ständig weiter zu überprüfen. Das ist eine klare Botschaft für den Vorrang der Familienpolitik in jeder Lebenssituation, damit Kinder nicht in Armut sind, damit Familien nicht in Armut sind. Das ist eine vorrangige politische Aufgabe, der wir uns alle stellen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat das Wort – – Entschuldigung; Herr Pfaffmann, hatten Sie sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet?

(Inge Aures (SPD): Das gibt es doch nicht in der Aktuellen Stunde!)

– Das gibt es bei der Aktuellen Stunde nicht. – Alles klar.

Jetzt hat Frau Kollegin Schmidt von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Unterländer, ich weiß nicht, auf welche Zahlen Sie sich bezogen haben.

Ich möchte mich jetzt auf den Bayerischen Sozialbericht beziehen, der auf meinem Tisch liegt. Ich würde ihn gerne mit nach vorne nehmen, und ich würde gerne nachschlagen und würde es Ihnen gerne zeigen, Herr Unterländer: Die Armutsgefährdungsquote der unter 18-Jährigen ist auf 12,3 % gestiegen; das ist ein Prozentpunkt mehr als 2013. Im Sozialbericht stehen die Zahlen von 2015.

Sie haben recht: Aufgeschlüsselt nach Haushaltstyp ist es noch viel drastischer. In 36,7 % der Haushalte mit Alleinerziehenden sind die Kinder armutsgefährdet. Dies gilt auch für Familien mit mehr als drei Kindern. Das steht in diesem Riesensozialbericht auf vier Seiten, auf denen die Kinderarmut abgebildet ist.

Was bedeutet Armut bei Kindern? – Das ist der Verzicht auf gesundes Essen. Da gibt es Toastbrot mit Rama zum Frühstück. Das ist Verzicht auf Bildung. Da gibt es kein zusätzliches Kinderbuch, und die kleine Raupe Nimmersatt wohnt nicht im Kinderzimmer. Erst recht gibt es keine Hobbys, keine Ferien, Einschränkungen bei der Kleidung und, was für Kinder ganz schlimm ist, Einschränkungen in der Mobilität. Da gibt es nicht einen Besuch bei der Freundin und eine Zugkarte oder Busfahrt extra. Nein, das gibt es da nicht.

Wenn es in Bayern so großartig wäre, Herr Unterländer, und wenn wir unterscheiden würden, stellt sich doch die Frage: Warum baut eine Jutta Speidel, die schon jahrelang Frühstücksaktionen für Kinder macht, die arm sind und ohne Frühstück in die Schule gehen

(Unruhe)

– also, mir ist das Thema jetzt wirklich zu ernst –, im reichen München ein Haus für 100 obdachlose Mütter und Kinder? Im Glockenbachviertel haben wir Kindertafeln, die Kinder mit Kleidung und Nahrung versorgen. Jedes einzelne Kind, das davon betroffen ist, ist eines zu viel. Wir können das auch mit anderen Ländern vergleichen. Ich weiß nicht, ob Sie Kinder oder Enkelkinder haben, aber Kinder, die keine Weihnachtsge-

schenke bekommen – das stellt man sich bei Ihnen in der Familie gar nicht vor; bei mir auch nicht. Ich möchte die Enttäuschung dieser Kinder nicht miterleben.

Was ist, wenn der Zugang zu Bildung durch Armut erschwert wird? – Dann wird diese Armut weitervererbt. Das wissen Sie ganz genau. Wir kennen bestimmte Viertel und wir kennen bestimmte Familien, in denen die Armut einfach weitergegeben wird, weil aufgrund der geringen finanziellen Mittel keiner Zugang zur Gesellschaft hat. Von Kultur sprechen wir in diesem Bereich überhaupt nicht.

Wir brauchen einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung, damit die Kinder auch Zugang zu Bildung haben. Wir brauchen Randzeitbetreuung und Ferienzeitbetreuung für Kinder. Wir sagen nicht Betreuung, da dies Kinderbildung und Zugang zu Bildung ist. Wir müssen schon jetzt den Kreislauf unterbrechen.

Herr Unterländer, Sie sagen, wir wollen das alle. Es tut mir leid: Wir haben genau diese Themen neulich im Ausschuss gehabt, als es darum ging, was wir machen können, zum Beispiel eine Teilzeitausbildung für jene Eltern, die bis jetzt keine Berufsbiografie hatten, mehr Unterstützung durch Familienzentren, was auch immer. Sie sagen, wir haben großartige Programme. Der übernächste Punkt ist, glaube ich, das Familienzentrum Bayern. Diese Programme müssen mit Geld ausgestattet werden; sie sind unterversorgt. So sieht es mit der Wertschätzung aus. Da machen wir dann einfach weiter mit Weihnachten im Karton oder sehen am Freitag die "Sternstunden", wo wir uns dann einen Film über Kinder anschauen, die arm sind.

Ein kleiner Punkt – das aber nur in einem Nebensatz – wäre das Fach Lebenskunde, damit die Eltern dieser Kinder lernen, wie man mit wenig Geld zurechtkommt, nachdem außer dem Sammeln von Spenden und dem Verkauf gebastelter Sterne im Moment anscheinend keine Veränderung vorgesehen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Schulze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sorry, Herr Unterländer, ich glaube, das Kind, das mit leerem Magen in die Schule geht, wird nicht dadurch getröstet, dass Sie ihm sagen, dass es in anderen Bundesländern noch ärmere Kinder gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ehrlich gesagt beruhigt mich das überhaupt nicht. Das beruhigt auch das Kind nicht, und das beruhigt auch die Eltern nicht. Bei so etwas blutet mein Herz. Mich schmerzt auch sehr, dass gerade Alleinerziehende und Familien mit vielen Kindern besonders häufig arm sind. In einem reichen Land wie Bayern muss man sich doch einmal fragen: Woran liegt das, und was läuft da falsch? Ich kann Ihnen sagen, was falsch läuft: Das ist die Familienpolitik, die Sie als CSU zu verantworten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Familienpolitik ist aus der Zeit gefallen. In Ihrer Vorstellung ist es ganz oft noch so, dass der Papa arbeitet und die Mama zu Hause bleibt und höchstens halbtags arbeitet; die Kinder gehen bis Mittag in den Kindergarten oder in die Schule. Das ist für Sie der Normalfall, und wer in irgendeiner anderen Form etwas anders lebt, den halten Sie ganz insgeheim für einen Exoten.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Ich glaube, Sie haben eine Wahrnehmungsstörung!)

Aber dieses Bild ist ungefähr so zeitgemäß wie das Schwarz-Weiß-Fernsehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben Alleinerziehende, wir haben Patchworkfamilien, wir haben Eltern, die beide Vollzeit arbeiten, und alle möglichen anderen Konstellationen. Das ist die bunte Wirklichkeit in unserem Bayern. Diese Wirklichkeit trifft leider auf eine Familienpolitik von gestern; denn wenn wir uns die Realität ansehen, sieht diese doch so aus, dass sich viele Familien oder Alleinerziehende mit privaten Netzwerken oder durch irgendwie bezahlte Betreuung an der Kluft zwischen dem Beruf und der Familie entlanghangeln. Viele schaffen dies eben leider nicht gut.

Wie soll denn Ihrer Meinung nach eine alleinerziehende Angestellte im Einzelhandel ihre Kinder von einem Halbtagsjob ernähren, den sie aber machen muss, weil es eben keine Ganztagsbetreuung gibt? Wie soll denn bitte eine vernünftige Zukunftsplanung funktionieren, wenn man ständig zittern und bangen muss, ob man den Krippenplatz wirklich bekommt, ob man sich den Kitaplatz leisten kann und ob das mit dem Hortplatz funktioniert? Und das noch, wenn man mehrere Kinder hat, bei jedem Kind. Mit Ihrer Familienpolitik fördern Sie nicht die Wahlfreiheit, sondern die Kinderarmut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der beste Schutz gegen Armut ist Erwerbsarbeit, vorausgesetzt, sie wird vernünftig bezahlt und lässt sich mit dem Familienleben vereinbaren. Zum Glück haben wir in Bayern sehr viel Erwerbsarbeit, auch wenn es an der Bezahlung in manchen Berufen noch hapert. Bei der Kinderbetreuung fehlt es dagegen an jeder Ecke und an jedem Ende.

Herr Unterländer, in einem Punkt gebe ich Ihnen recht: Sie haben gesagt, man sollte nicht nur reden, sondern man sollte handeln. Ich nehme Sie da einmal beim Wort. Wir brauchen endlich ein Förderprogramm für Kitas mit längeren Öffnungszeiten. Warum? – Damit die Betreuung auch am frühen Abend und in den Ferien gut klappt, wenn sie nötig ist. Würden Sie dafür das Geld investieren, das Sie für das unsinnige Betreuungsgeld ausgeben, könnten Sie damit alleinerziehenden und erwerbstätigen Menschen sehr viel besser helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Menschen, die nicht genug verdienen, brauchen wir eine zielgenaue Förderung. Wir GRÜNE schlagen deshalb eine Kindergrundsicherung und einen Kindergeldbonus vor, der abhängig vom Einkommen gezahlt wird.

Lassen Sie mich zum Abschluss auf den Hauptpunkt kommen, und das ist der eigentliche Skandal bei uns in Bayern: Armut wird vererbt. Wer aus einer armen Familie kommt, hat weniger Chancen. Die jüngsten Studien aus den Grundschulen haben bestätigt, dass dieser Skandal weiter andauert. Ich denke, der Anspruch unserer Schulen muss sein: Egal, woher du kommst, egal, was deine Eltern von Beruf sind, dir stehen die gleichen Chancen offen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen deshalb viel mehr Ideen entwickeln und Zeit und Geld investieren, um alle Kinder zu fördern. In einer heterogenen Gesellschaft ist das nur möglich, wenn wir uns mehr um die einzelnen Kinder kümmern, also die Individualität in den Vordergrund stellen. Die Digitalisierung bietet hervorragende Möglichkeiten, um individuell und zielgenau zu fördern. Ich finde, wir sollten sie endlich stärker nutzen. Klar ist aber auch, dass durch die Digitalisierung für die Lehrkräfte andere Aufgabengebiete und andere Herausforderungen entstehen. Deswegen sind wir GRÜNEN der Auffassung, dass wir zumindest in den Grundschulen eine zweite pädagogische Kraft in den Schulklassen brauchen. Wir brauchen mehr Personal, damit die individuelle Förderung besser funktioniert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte, dass in Bayern jedes Kind die gleichen Chancen hat. Ich möchte, dass sich in Bayern jedes Kind entfalten kann. Ich möchte außerdem, dass jedes Kind aus der Armutsfalle entkommen kann. Dafür können wir hier im Bayerischen Landtag die Weichen stellen. Also: Anstatt nur zu reden, handeln

wir endlich! Unterstützen Sie unsere Forderungen, und setzen Sie diese Forderungen endlich um!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Schreyer von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kohlen – Entschuldigung. Ich habe die falsche Kollegin angesprochen. Gott sei Dank haben hauptsächlich Kolleginnen gesprochen, was in der Politik nicht immer selbstverständlich ist. – Frau Schulze, Sie haben in der Theorie dargestellt, dass Sie gern mehr Förderung in den Abendstunden hätten. Das kann ich gut verstehen. Die CSU-Fraktion war bei dieser Forderung Gott sei Dank schneller.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber nicht an der Realität!)

Wir haben mit dem Kombi-Modell ein Angebot geschaffen. Die Wahrheit ist aber, dass die Nachfrage häufig nicht da ist. Frau Kollegin, ich weiß nicht, ob Sie sich das vorstellen können: Es gibt immer noch Eltern, die ihr Kind bewusst zu Hause oder teilweise zu Hause erziehen wollen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Wahlfreiheit! – Horst Arnold (SPD): Wenn sie es sich leisten können!)

Wir alle sind logischerweise keine solchen Eltern; denn sonst würden wir nicht hier stehen. Daran merkt man, dass das Theorie ist. Sie haben recht: Die Plätze gibt es nicht überall. In München gibt es diese Plätze häufig nicht, im restlichen Bayern sieht es um Längen besser aus. Die Situation ist nicht überall gleich. Nicht jeder braucht eine Betreuung am Abend. Das Kombi-Modell ist ein Angebot, aber dafür muss auch die Nachfrage passen. Sei's drum. Diese Diskussion ist spannend.

Wir sind uns sicherlich einig: Jedes Kind, das in Armut lebt, ist ein Kind zu viel. Ich glaube, dass jeder von uns aus seinem Blickwinkel heraus versucht, alles zu tun, damit kein Kind in Armut lebt. Die Wahrheit ist aber, dass wir es nicht schaffen werden, dass kein Kind in Armut lebt. Wir alle müssen uns bei diesem Thema anstrengen.

Eines aber ist wichtig: Wir müssen es schaffen, dass jede Familie ausreichende finanzielle Möglichkeiten hat. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir rund 4,9 Milliarden Euro in den Doppelhaushalt einstellen werden. Es ist nicht zutreffend, dass wir nichts einstellen würden. Ich stimme Ihnen zu, dass wir trotzdem nicht jedes Kind erreichen werden. Sie müssen aber anerkennen, dass wir Geld einstellen.

Mir ist wichtig, dass jede Familie für sich entscheiden kann, ob sie ihre Kinder betreuen lässt oder nicht. Der Zwischenruf von Herrn Kollegen Arnold war richtig, dass sich die Familien das leisten können müssen. Deswegen müssen wir unseren Blick zum einen auf die Alleinerziehenden, zum anderen aber auch auf die Familien mit vielen Kindern richten. Für diese Gruppen muss eine echte Wahlfreiheit bestehen. Ich freue mich deshalb darüber, dass uns sicher jeder beim Betreuungsgeld unterstützen wird; denn das ist ein Teil der Wahlfreiheit. Im Wahlprogramm der GRÜNEN habe ich gelesen, dass Sie das Landeserziehungsgeld abschaffen wollen. Auch das Landeserziehungsgeld ist ein Teil der Wahlfreiheit. Damit werden die Familien in die Lage versetzt, zu entscheiden und nicht in die Armut zu fallen. Vielleicht können Sie in diesem Punkt bei Ihrem nächsten Wahlprogramm eine Weiterentwicklung durchsetzen.

Beim Landeserziehungsgeld war es wichtig, die Einkommensgrenzen anzuheben. Hier sind wir ein großes Stück weitergekommen. Ich könnte mir aber noch weitere Fortschritte vorstellen. Im Rahmen der "Jamaika"-Verhandlungen gab es Bestrebungen, bei der Mütterrente für Mehrkinderfamilien weiterzukommen. Das wäre ein Beitrag zur Reduzierung der Altersarmut, nicht der Kinderarmut. Wir sollten an jeder Stelle helfen, damit kein Mensch in Armut leben muss.

Der Unterhaltsvorschuss ist gerade für die Alleinerziehenden wichtig. In der letzten Legislaturperiode wurde Gott sei Dank erreicht, dass diese Leistung rückwirkend nicht nur für die Kinder bis zwölf Jahren, sondern für die Bis-Achtzehnjährigen gewährt werden kann. Für viele Alleinerziehende ist dies ein großer und wichtiger Schritt.

(Horst Arnold (SPD): Das war eine SPD-Forderung!)

– Ich finde es schön, dass wir dies in der Großen Koalition hinbekommen haben. Ich vermute, Sie alle werden mithelfen, dass wir die Große Koalition beibehalten, damit wir solche Forderungen gemeinsam durchsetzen können. Ich freue mich auf die aktive Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion, die dazu sicherlich einen großen Beitrag leisten wird.

(Beifall bei der CSU)

Wichtig sind natürlich auch Themen wie das Baukindergeld. Darüber wird in Berlin verhandelt werden. Der Erwerb von Eigentum ist natürlich auch für Menschen, die knapp über der Armutsgrenze leben, eine Prävention gegen Armut.

Wir haben viele Forderungen umsetzen können. Ich brauche nicht für alles eine Statistik. Ich würde mich freuen, wenn wir es schaffen, dass die Kinder hier nicht in Armut leben müssen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass auf allen Ebenen ein Beitrag dazu geleistet wird.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Diese Rede war ein Armutszeugnis!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Rauscher von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Müller, in der Politik gibt es viele wichtige Themen. Eine ganz besondere Herausforderung ist aber das Thema, das wir heute in die Aktuelle Stunde

gebracht haben, nämlich das Thema Kinderarmut. Es ist keine Schande, arm zu sein. Eine Schande ist es aber, zu wenige Maßnahmen zu ergreifen, um Kindern und Familien zu helfen, aus der Armut herauszukommen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Vorschläge!)

– Herr Kollege, Sie sollten einmal Vorschläge einbringen. Gerade haben zwei Redner von der CSU-Fraktion gesprochen. Die einzige Initiative, die sie in ihren Redebeiträgen genannt haben, ist die Initiative der früheren Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig von der SPD, den Unterhaltsvorschuss auszuweiten. Mich wundert es nicht, dass Sie sich wieder nach einer GroKo sehnen; denn die familienpolitischen Initiativen sind alle von der SPD gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin Mitglied des sozialpolitischen Ausschusses und Fachsprecherin meiner Fraktion für dieses Thema. Von Ihnen kommen zu diesem Thema keine Initiativen. Die einzige Initiative, die ich wirklich positiv bewerten würde – und das war ein langer und zäher Weg –, war der ganzheitliche Ansatz, um Familien aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszubringen; denn davon profitieren natürlich auch die Kinder. Alle anderen Maßnahmen finden entweder nicht statt oder sind so hauchdünn, dass sie keine kraftvolle Politik ausmachen. Und wissen Sie was? – Wenn wir von 250.000 Kindern in Armut sprechen, am Ende nur noch 230.000 draußen bei minus 20 Grad frieren, dann ist einem Teil der Kinder zwar geholfen, aber ein Großteil friert immer noch. Wissen Sie, wir brauchen eine Sozialpolitik, die Armut von Kindern nicht nur ansatzweise entgegenwirken möchte, sondern Kinderarmut abschafft. Das muss die politische Forderung sein.

(Beifall bei der SPD)

Und das vermisse ich noch mehr, als ich es vielleicht in Ansätzen bei der Ministerin vermisse, bei der CSU-Landtagsfraktion. Es kommt von Ihnen schlichtweg nichts,

(Zuruf von der CSU)

keine Initiativen, nicht ansatzweise. Wie gesagt, unter kraftvoller Politik stelle ich mir etwas ganz anderes vor.

(Zuruf von der SPD)

Gerade in der Weihnachtszeit wird, wie die Kollegin Natascha Kohnen es eingangs schon kurz skizziert hat, Armut von Kindern in besonderer Weise deutlich. Erzieher, Sozialpädagogen und Lehrer bekommen sie in elf Monaten des Jahres ganz deutlich mit. Vor Weihnachten ist es plötzlich Thema im Land, weil es dann ganz viele Initiativen, Spendengalas usw. gibt, um für Kinder und gegen Kinderarmut anzutreten und mit ein bisschen Geld wenigstens für die nötigste Linderung zu sorgen.

Wissen Sie, was noch dazukommt? – Ich bin mir nicht sicher, ob Ihnen eigentlich bewusst ist, was für ein sozialer Unfrieden mit dem Thema Kinderarmut geschürt wird. Es ist für den sozialen Frieden zentral wichtig, gegen Kinderarmut einzutreten. Deswegen hat das aus meiner Sicht einen ganz besonders hohen politischen Stellenwert.

Sämtliche Oppositionsparteien hier im Bayerischen Landtag haben sich die letzten Jahre unglaublich bemüht, gute Initiativen einzubringen; es ist nicht eine von der Mehrheitsfraktion hier im Hohen Haus angenommen worden. Da stelle ich mir schon die Frage, ob Sie es mit dem Thema wirklich ernst meinen oder ob wir auch heute wieder nur Ihre Sonntagsreden hören, dass jedes einzelne Kind, das unter Armut leidet, eines zu viel sei. Glaubwürdigkeit sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Bei allen Initiativen, egal ob es um bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um Kita, bedarfsgerechten Ganztags- oder familienfreundliche Arbeitszeiten geht, verhalten Sie sich unglaublich zurückhaltend und führen immer sehr fadenscheinige Argumente an, warum Sie einem Antrag der Opposition wieder einmal nicht zustimmen können.

Und wissen Sie, was noch ganz erschwerend dazukommt; denn Armut hat viele Gesichter? – Es geht nicht nur um das fehlende Geld im Geldbeutel, sondern es geht auch darum, dass die gesundheitliche Situation bei Kindern mit sozial schlechterem Status deutlich schlechter ist als bei Kindern mit einem sozial besseren Status. Diese Langzeitprobleme und Langzeitschäden haben letztendlich auch Auswirkungen auf einen Staatshaushalt. Dessen müssen Sie sich mal bewusst sein. Wenn wir präventiv gegen Kinderarmut vorgehen wollen, dann müssen wir wirklich präventiv ansetzen und nicht nur hier schöne Reden schwingen. Kolleginnen und Kollegen der CSU-Landtagsfraktion, jetzt sind wir am Jahresende, aber bitte nutzen Sie das anstehende Jahr, um wirklich gegen Armut vorzugehen. Dazu fordern wir Sie auf. Nehmen Sie dieses Thema endlich ernst!

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Hölzl von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Hölzl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dafür, nicht mit Schaum vor dem Mund ein Bild dieses Landes zu zeichnen,

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo! – Doris Rauscher (SPD): Engagiert! – Weitere Zurufe von der SPD)

das nichts mit der Realität zu tun hat, sondern in aller Ruhe einen Wettbewerb der Ideen durchzuführen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Armutsgefährdung von Kindern steht immer auch im Zusammenhang mit der elterlichen Armutsgefährdung. Wer sich schwer tut, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, läuft schneller Gefahr, in Armut abzurutschen. Von daher speist sich die Sozialpolitik der CSU-Landtagsfraktion aus der Überzeugung heraus, dass Arbeit Armut verhindert. Gemeinsam mit den Tarifparteien betreiben wir im Freistaat Bayern aktiv Beschäftigungspolitik, und die Fakten sprechen für sich.

(Horst Arnold (SPD): Befristet!)

In Bayern herrscht Vollbeschäftigung. Mit einer Arbeitslosigkeit von nur 2,9 % haben wir im November den tiefsten Stand erreicht, der jemals in einer Arbeitslosenstatistik im November ausgewiesen wurde.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Sie reden doch an der Sache vorbei! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich weiß, Sie hören das nicht gerne, dass die Beschäftigung im Kontext mit der Armutsgefährdung der Eltern steht und mittelbar mit der der Kinder.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD) – Kerstin Schreyer (CSU): Also bitte!)

Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen und werden Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht als zwei widerstreitende Politikfelder auffassen, sondern als zwei Seiten ein und derselben Medaille.

(Anhaltende Unruhe)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich glaube, die Sache ist zu ernst, als dass wir sie hier in gegenseitiges Geschrei ausarten lassen. – Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Florian Hölzl (CSU): Danke, Herr Präsident. – Wir haben bei unserer Politik natürlich ganz besonders die Alleinerziehenden und die kinderreichen Familien im Blick.

(Horst Arnold (SPD): Ach was?)

Die Kollegin Schreyer hat es angesprochen: Zum einen machen wir das mit unseren finanziellen Leistungen wie dem Landesbetreuungsgeld und dem Landeserziehungsgeld, aber vor allem treiben wir im Freistaat Bayern den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze mit den Trägern kräftig voran. Meine sehr geehrten Damen und Herren,

eines ist klar: Nur wenn junge Eltern Arbeit und Familie unter einen Hut bekommen können, können sie in Beschäftigung sein, und nur dann können wir Armut effektiv vorbeugen.

(Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

Wir haben allein seit 2008 80.000 Plätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen. Dafür wurden 1,4 Milliarden Euro bereitgestellt. Welches andere Land in Deutschland ist zu solch einem Kraftakt fähig, meine sehr geehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der CSU)

Was mir wichtig ist: Wir ruhen uns nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit aus, sondern wir blicken mit unserem vierten Sonderinvestitionsprogramm in die Zukunft. Wir stellen mit unserem vierten Sonderinvestitionsprogramm zusätzlich 178 Millionen Euro für die Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintritt zur Verfügung. Eine durchschnittliche Gemeinde mit durchschnittlicher Finanzkraft kann sich auf einen Fördersatz von 85 % freuen. Und wir setzen unsere flankierenden Maßnahmen fort, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Beispiel unseren Familienpakt Bayern.

(Lachen bei der SPD)

Der Familienpakt Bayern ist ein geschätztes Instrument, um in unserer Wirtschaftswelt ein familienfreundliches Klima zu schaffen. Wir werden nicht ruhen, am Familienpakt Bayern festhalten, die Teilzeitausbildung forcieren, die Betriebe unterstützen, wenn sie betriebliche Kinderbetreuungsangebote vorhalten, und wir werden die Chancen der Digitalisierung nutzen. Wir werden Homeoffice und Jobsharing nicht als Risiko begreifen, sondern als Chance, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Brendel-Fischer von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, wir müssen uns einig sein, dass Armutsgefährdung immer in erster Linie davon abhängt, wie die Sozialpolitik und die Bildungspolitik, aber natürlich auch die Wirtschaftspolitik in einem Land laufen. Da kann sich Bayern sehr wohl sehen lassen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Schreien Sie doch nicht so hysterisch herum! Da bekommt man ja Zustände.

(Beifall bei der CSU)

Die Zahl 240.000 oder 250.000, die Sie hier andauernd zum Besten geben, muss man genau anschauen. Die Sozialverbände melden hier immer eine weitaus niedrigere Zahl. Aber wir wollen natürlich auch diese Zahlen minimieren. Sie sagten, wir hätten keine Initiativen gestartet. Schauen Sie die Familienhebammen an, die Harl.e.kin-Projekte, die unmittelbar nach der Geburt ansetzen, wo wir bereits von Expertinnen und Experten identifizieren lassen, wo es Probleme geben kann und wo es hakt. Wir sind also frühzeitigst unterwegs, auch hier präventiv dabei zu sein.

Was die frühkindliche Bildung anbelangt, hat der Kollege Hölzl gerade Stellung genommen. Aber auch im Grundschulbereich sind wir dabei, mehr Förderangebote vor allem für Kinder aus einkommensschwächeren Familien zu unterbreiten. Dass für sie die Kindertagesstätten und die Krippen kostenfrei sind, ist heute auch noch nicht erwähnt worden. Das ist eine Selbstverständlichkeit: Der Zugang zur frühkindlichen Bildung ist jedem Kind in Bayern offen.

Sie wissen auch, dass mittlerweile knapp 240.000 Grundschul Kinder die Ganztagsbetreuung besuchen können. Der Bedarf wird von den Gemeinden erhoben. Die Kom-

munen sind für eine geordnete Kinderbetreuung verantwortlich. Die Kassen in Bayern sind hierfür gefüllt. Es liegt an den Kommunen, noch mehr Mittel abzurufen. Meine Damen und Herren, die Sie sich auf kommunaler Ebene betätigen, greifen Sie es an und animieren Sie Ihre Bürgermeister, die vielleicht die Entwicklungen verschlafen haben.

Wir sorgen auch für Qualifizierung, um die Kompetenzen der betreuenden Personen zu steigern. Wir verbessern mit FAGplus die Raumprogramme. Ich möchte auch auf die Novellierung des Summenraumprogramms für die Kindertagesstätten hinweisen.

Bei den nationalen Vergleichsstudien schneiden wir wie die anderen Bundesländer auch gut ab. Bei Vergleichen der Kompetenz und des sozialen Status kommen wir immer mehr in die Spur, sodass der soziale Hintergrund nicht mehr in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Bildungschancen steht.

(Doris Rauscher (SPD): Wie wollen Sie das tun?)

– Frau Rauscher, Sie sind Lehrerin, Sie wissen genau – –

(Doris Rauscher (SPD): Ich bin nicht Lehrerin!)

– Dann sind Sie es nicht. Von heute auf morgen geht so etwas nicht. Wir können in Bayern Perspektiven bieten, damit Armut nicht vererbt wird, indem wir bei den guten wirtschaftlichen Gegebenheiten der heutigen Zeit Ausbildungsmöglichkeiten schaffen. Die Wirtschaft ist auch auf dem Weg, zusätzliche Möglichkeiten des Kompetenzerwerbs zu schaffen, wenn sich Jugendliche in der Ausbildung in der Berufsschule schwertun.

Ich bin auch stolz darauf und froh darüber, dass wir in Bayern ein so hohes ehrenamtliches soziales Engagement haben, und zwar unabhängig von dem, was der Staat macht. Es ist erfreulich, wenn Wohlhabende, zum Beispiel Rotary Clubs oder Lions Clubs immer wieder Initiativen ergreifen und in der Gesellschaft schauen, wo sie helfen und wo sie nachhaltig etwas für Bildung und für Entwicklungschancen tun können.

Ich frage mich, meine Damen und Herren von der Opposition – Herren haben hier weniger gesprochen –, wie Sie Ihre Redebeiträge formulieren würden, wenn Sie in Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin oder sonst wo sprechen würden. Da können Sie das rauslassen, aber doch nicht bei uns.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Da gibt es schon seit ewigen Zeiten Ganztagsbetreuung! – Volkmar Halbleib (SPD): In Bayern gibt es keine armen Kinder? – Glocke des Präsidenten)

Ich habe noch 50 Sekunden, die würde ich gerne ausschöpfen. Armut gibt es nicht nur in Bayern, sondern weit mehr in den anderen Bundesländern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Jenseits aller Realität!)

Wir machen uns auf den Weg, noch energischer vorzugehen und gute Beiträge abzugeben. Bei uns gibt es auch bei der Integration von ausländischen Jugendlichen nicht die Probleme, die es in SPD-geführten Ländern gibt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Realitätsverweigerung ist das, Frau Kollegin!)

Wir haben keine Parallelgesellschaften in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb, meine Damen und Herren: Ruhig Blut und frohe Weihnachten!

(Beifall bei der CSU – Dr. Paul Wengert (SPD): Weiter so! – Volkmar Halbleib (SPD): Wenn Sie so mit einem solchen Thema umgehen, ist das keine Glanzstunde!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Wenn wir uns wieder beruhigt haben, hat Frau Staatsministerin Müller das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich bei Gudrun Brendel-Fischer und bei den anderen Kolleginnen und Kollegen der CSU für ihre Ausführungen bedanken.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Fürs Nichtstun!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, ich weiß nicht, in welchem Land Sie leben, wenn ich Sie höre.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das frage ich Sie auch!)

Da habe ich das Gefühl, dass Bayern wirtschaftlich abgehängt ist und schlecht das-
teht.

(Natascha Kohnen (SPD): Haben Sie nicht zugehört?)

Ich sage Ihnen, das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der CSU)

Ich traue mich, das zu sagen. Ich bin in ganz Bayern unterwegs.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir auch!)

Ich sehe die Unterschiede.

(Markus Rinderspacher (SPD): "Arme Kinder im reichen Bayern" heißt es! – Volk-
mar Halbleib (SPD): So heißt die Überschrift!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Halbleib, beruhigen Sie sich!

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Ich habe ganz andere Erfahrun-
gen gemacht.

(Horst Arnold (SPD): Keine Ahnung!)

Wir haben eine positive Grundstimmung. Ich spüre die Innovationskraft, und ich will, dass die gute Stimmung auch überall ankommt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Themaverfehlung!)

Die Chancengleichheit für Kinder in Bayern ist ein Credo bayerischer Familien- und Jugendpolitik. Das ist auch mir persönlich ein Herzensanliegen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann müssen Sie mehr tun!)

Wir stehen in Bayern mit der Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche gut da. Die Zahlen zeigen es: Die Arbeits- und Lebensbedingungen für Kinder und Familien sind besser als in jedem anderen Bundesland. Das darf man wohl auch sagen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die besten Beschäftigungsbedingungen. Wir haben in Bayern Vollbeschäftigung. Das sage ich, auch wenn es manchem nicht gefällt. Wichtig ist, dass Eltern einen guten und sicheren Arbeitsplatz haben, um den Lebensunterhalt für die ganze Familie bestreiten zu können. Deshalb leben Familien in Bayern besser als anderswo. Mir ist es auch ein Anliegen, immer wieder darauf hinzuweisen, dass wir die Jugendarbeitslosigkeit besiegt haben. Schauen Sie sich einmal in Europa um, wie es in anderen Ländern aussieht. Bei uns hat jeder ausbildungswillige und ausbildungsreife Jugendliche die Möglichkeit, einen Ausbildungsplatz zu finden. Jeder, der jetzt noch einen Ausbildungsplatz sucht, kann auf zehn Ausbildungsplätze zurückgreifen. Deshalb sind nirgendwo in Deutschland weniger junge Menschen auf Hartz IV angewiesen als in Bayern. Nur 6,8 % der unter Achtzehnjährigen in Bayern leben vom Sozialgeldbezug. Bundesweit ist diese Quote mehr als doppelt so hoch.

(Horst Arnold (SPD): Das ist doch Erbsenzählerei!)

– Das machen Sie doch auch.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das war jetzt gut!)

Kein anderes Bundesland unterstützt Familien besser als wir. Im Doppelhaushalt 2017/2018 gehen fast 5 Milliarden Euro allein in die Familienpolitik. Wir ruhen uns nicht auf unseren Erfolgen aus. Das möchte ich hier auch noch einmal sagen; denn es gibt auch in Bayern Kinder und Jugendliche, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen. Deren Situation verbessern wir laufend mit unseren Maßnahmen.

Ich möchte schon einmal aufzählen, was wir tun. Wir haben die Krippenplätze ausgebaut. Wir bauen die Kita-Plätze weiter mit dem vierten Sonderinvestitionsprogramm aus. Wir unterstützen die Eltern mit der Wirtschaftlichen Jugendhilfe, vor allem dann, wenn sie die Kita-Gebühren nicht bezahlen können. Wir bauen die Ganztagsbetreuung weiter aus, und wir unterstützen Kinder, wenn sie ohne Frühstück in die Schule kommen. Wir unterstützen "Brotzeit", wir unterstützen den BLLV, und wir setzen uns für mehr Chancengerechtigkeit ein. Das heißt, wir müssen die Lebenssituation der Familien in all ihren Facetten sehen und verbessern. Zentral sind dabei die finanzielle Situation sowie Bildungs- und Teilhabechancen.

Genau dort setzen wir mit unseren Maßnahmen auch an. Wir haben bei der finanziellen Entlastung von Familien große Fortschritte erzielt. Ich will Ihnen dafür einige Beispiele nennen: Den ausgeweiteten Unterhaltsvorschuss gibt es seit Juli 2017. Auch wenn ihn eine Ministerin der SPD eingeführt hat, so sind wir doch gemeinsam an der Regierung gewesen und haben gemeinsam unsere Themen vorangebracht. Wir haben den Unterhaltsvorschuss für alle minderjährigen Kinder beschlossen. Diese Ausweitung der Leistung ist ein Meilenstein für alleinerziehende Mütter, wenn der andere Elternteil keinen Kindesunterhalt bezahlt.

Auch das Landeserziehungsgeld haben wir weiter verbessert, damit noch mehr Familien davon profitieren können. Es kann neben dem Betreuungsgeld bezogen werden, und so entlastet es vor allem kinderreiche Familien und Alleinerziehende, für die wir die Einkommensgrenzen stärker als für die Paare angehoben haben. Wir wollen Kinder zielgerichtet unterstützen. Deswegen müssen diese und andere Transferleistungen, unter anderem das Kindergeld und der Kinderzuschlag, zielgerichtet weiterentwi-

ckelt werden. Die von der Opposition vorgeschlagene allgemeine Kindergrundsicherung hilft hier nicht. Wir müssen zielgenau schauen, wo wir nachbessern müssen und noch bessere Unterstützung leisten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns auch einig, dass die Voraussetzung für Chancengerechtigkeit gute Bildungschancen sind. Bildung beginnt in den Familien. Deswegen bauen wir auf die Eltern und stärken sie durch ein bundesweit einzigartiges Netz an Beratungs- und Unterstützungsangeboten für ihre Elternkompetenz. Daneben sind der Ausbau der Kindertagesbetreuung und eine hohe Bildungsqualität seit Jahren ein wichtiger Schwerpunkt bayerischer Familienpolitik. Kein anderes Bundesland hat so viele Landesmittel in den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren investiert.

Liebe Kollegen, wir haben das vierte Sonderinvestitionsprogramm auf den Weg gebracht. Ich habe es vorhin gesagt. Wir bauen zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintritt aus. Ich finde, das Geld ist wichtig und gut angelegt. Wir bauen bedarfsgerecht aus und nicht einfach so ins Blaue. Wir haben uns auch für die kommenden Jahre einiges vorgenommen, um die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen besser zu fördern. Wir wollen Familien finanziell noch stärker entlasten und dazu auf Bundesebene ein deutlich höheres Kindergeld erreichen. Wir wollen einkommensschwächere Familien durch Reformen mit zielgenauen Leistungen noch besser unterstützen, etwa beim Kinderzuschlag. Wir wollen die Ganztagsbetreuung von Schulkindern weiterentwickeln, um berufstätigen Eltern eine Entlastung zu gewähren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in keinem anderen Bundesland haben Kinder und ihre Eltern so gute Lebens- und Arbeitsbedingungen, wie das in Bayern der Fall ist. Das ist eine gute Basis. Darauf bauen wir; denn unser Ziel ist und bleibt: Kein Kind darf verloren gehen. Wir wollen Chancengleichheit für alle Kinder.

Abschließend darf ich auf diejenigen zurückkommen, die Frau Kohlen vorhin erwähnt hat, nämlich auf die Wohnungslosen in Bayern. Gerade in der Zeit vor Weihnachten ist

das ein Thema, das uns alle berühren muss. Darum haben Sie das vorhin angesprochen. Wir wollen, dass der Wohnraum bezahlbar ist, auch in den großen Städten. Das ist eine riesige Herausforderung. Das wissen Sie als Münchnerin so gut wie ich. Liebe Frau Kohnen, wir haben uns im Rahmen des Vierten Sozialberichtes ausführlich mit dem Thema Wohnungslose beschäftigt. In diesem Sozialbericht gibt es eine Wohnungslosenstatistik. Ich glaube, nachlesen ist eine gute Geschichte. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass die SPD-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 3 namentliche Abstimmung beantragt hat. Das ist der Antrag auf Drucksache 17/16204 betreffend "Zukunftsprogramm Westmittelfranken". Weiterhin hat die SPD-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 4 namentliche Abstimmung beantragt. Das ist der Antrag auf Drucksache 17/17552 betreffend "Verzicht auf die Sperre frei werdender Stellen beim Zentrum Bayern Familie und Soziales nach Art. 6b des Haushaltsgesetzes 2017/2018".